FORUM

Leserecho & Nachrichten

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Zahlungspflichtig

Diesel-Affäre. Was gibt es eigentlich in dieser Affäre groß zu diskutieren? Der menschliche Verstand und das Verursacherprinzip zeigen die einzige Lösung. Die Autoindustrie hat gepfuscht und ist deshalb auch verantwortlich. Sie alleine muss zahlen. Alles andere ist industriehörig.
Heinrich Wilkes, Essen

Extremismus raus

Islam und Erdogan-Besuch. Hören wir doch endlich auf, Menschen auf ihren Glauben zu reduzieren. Menschen mit verschiedenen Glaubensrichtungen gehören nach Deutschland. Es ist der Extremismus, der hier nichts zu suchen hat. Egal ob Islamismus oder brauner Populismus.
Martina Müschen, Mülheim

Früher ausbilden

Handwerk will Flüchtlinge in der Ausbildung halten. Ich kann ja verstehen, dass das Handwerk nach Fachkräften lechzt. Aber hätten sie vor 20 Jahren Auszubildende eingestellt, dann hätten sie dieses Problem heute nicht.
Roland Mletzko, Gladbeck

Niedrige Löhne

Spahn fordert Tariflöhne in der Pflege. Die bisherige Vorschrift zu Lasten der Pflegekräfte und der Träger mit tariflicher Bezahlung ist seit Jahren unverständlich. Ich hoffe, dass auch der teilweise vernichtende Wettbewerb in der Altenpflege mit oft beschämend niedrigen Löhnen, aber hohen Renditen für den Investor so zukünftig verhindert werden kann.
Christian Stockmann, Sundern

@ Bitte senden Sie Ihre Meinung mit Namen und Wohnort an **meinungsforum@waz.de**
Wir behalten uns das Recht vor, Ihre Einsendung zu kürzen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

NACHRICHTEN

Laschet besucht Feier zum 3. Oktober in Polen

Warschau. NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) ist am Montag zu einem eintägigen Besuch nach Polen gereist. Laschet will auch an der Feier zum Tag der Deutschen Einheit in der Botschaft in Warschau teilnehmen. Nordrhein-Westfalen organisiere in diesem Jahr den deutschen Beitrag an den Feierlichkeiten zum 100. Jahrestages der Unabhängigkeit Polens im November, hieß es. In NRW leben der Landesregierung zufolge rund 600 000 Menschen mit polnischen Wurzeln. *epd*

Rechte Schmierereien an Gladbecker Moschee

Gladbeck. Unbekannte haben in Gladbeck in der Nacht zum Montag die Fassaden einer Moschee sowie von Wohnhäusern zweier Gemeindemitglieder mit fremdenfeindlichen Parolen und rechten Symbolen beschmiert. „Not welcome“ („Nicht willkommen“) wurde an einen Nebeneingang der Moschee, ein Hakenkreuz an die Eingangstür gesprüht. Die Polizei hat den Staatsschutz eingeschaltet. Die Tat ist gegen 3 Uhr nachts von einer Überwachungskamera aufgezeichnet worden. *mes*

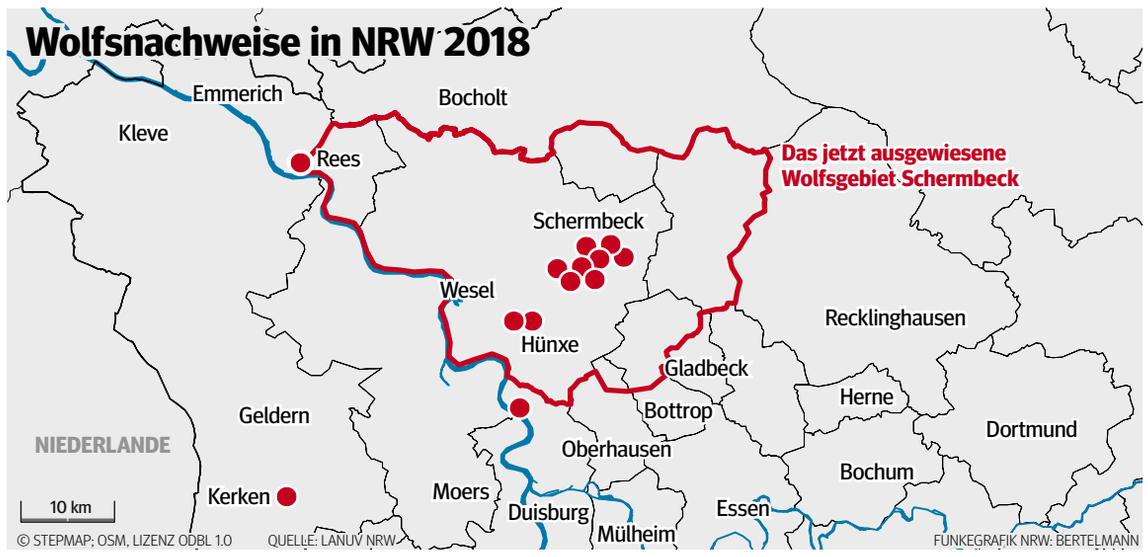
NRW ist wieder Wolfsland

Umweltministerin Heinen-Esser schreibt ein „Wolfsgebiet“ am Niederrhein aus. Dort scheint ein junges Tier sesshaft geworden zu sein

Von Matthias Korfmann



Nach 180 Jahren kommt der Wolf zurück – und zwar nicht nur in die Tierparks des Landes. FOTO: KLAUS-DIETMAR GABBERT/DPA



Düsseldorf. Nach 180 Jahren Abwesenheit kommt der Wolf zurück an den Niederrhein. NRW hat gestern eine fast 1000 Quadratkilometer große Fläche rund um Schermbeck als „Wolfsgebiet“ ausgewiesen. Die Behörden gehen davon aus, dass eine junge Wölfin im Kreis Wesel heimisch geworden ist. Mehrfache Sichtungen, gerissene Schafe, Kotspuren und genetische Nachweise deuten an, dass das Tier mit der Kennung „GW954f“ hier eine Heimat gefunden hat. Bisher sind Wölfe nie lange in NRW geblieben. Sie wanderten nach Kurzbesuchen weiter in andere Regionen.

Begrüßt die Landesregierung die Rückkehr des Wolfes?
NRW-Umweltministerin Ursula Heinen-Esser (CDU) sagte, die Nachricht wecke in ihr zwiespältige Gefühle. Die Freude über die Rückkehr des Räubers mische sich mit Sorgen in der Bevölkerung. Besonders Schafzüchter und Bauern sind nach Erfahrungen mit Wölfen in anderen Ländern verunsichert und fordern die Möglichkeit einer „Entnahme“ von auffälligen Wölfen. „Wir sind gut vorbereitet“, hält Heinen-Esser den Skeptikern entgegen. Die Ausweisung eines „Wolfsgebietes“ ermögliche gezielten Herdenschutz. Umwelt-Staatssekretär Heinrich Bottermann meinte: „Wir wollen nicht ‚Willkommen Wolf‘ sagen. Aber wir werden lernen, mit ihm zu leben.“

Was ist über die Wölfin im Kreis Wesel bekannt?
Sie soll aus einer Wolfsfamilie nahe dem niedersächsischen Schneverdingen stammen und ein bis zwei Jahre alt sein. In diesem Jahr wurden an elf gerissenen Schafen in Schermbeck Spuren der Wölfin GW954f („GW“ steht für „German Wolf“, „f“ für female/weiblich) gefunden. In Bottrop-Kirchhellen wollen Anwohner einen Wolf gesehen haben, in Bottrop wurde im September auch ein Schaf gerissen. Ob die Wölfin GW954f dort gejagt hat, steht noch nicht fest. Die Untersuchungen dauern an. Rein formal kann noch nicht von einem „standorttreuen“ Tier gesprochen werden. Das wäre erst nach sechs Monaten der Fall und diese Zeit ist noch nicht um. Dennoch ist es wahrscheinlich, dass NRW nicht mehr nur „Wolfserwartungsland“, sondern schon Wolfsland ist.

Müssen Menschen den Wolf fürchten?
Absolut nicht, betont Bottermann: „Der Mensch passt nicht ins Beuteschema des Wolfes.“ 1995 wurde der erste Wolf in Deutschland nachgewiesen, inzwischen gibt es hier etwa 60 Rudel mit vier bis acht Tieren. In den 23 Jahren sei kein Angriff auf Menschen belegt worden, so die NRW-Behörden.

Müssen Nutztierhalter den Wolf fürchten?
Ja. Wölfe reißen Säugetiere wie Schafe, Ziegen und Kälber, auch (kranke und schwache) Rehe oder Wildschweine. In Niedersachsen sollen Wölfe im Jahr 2017 rund 400 Nutztiere getötet haben.

Wieso ist das Wolfsgebiet so groß?
Normalerweise misst das „Streifgebiet“ eines Wolfes etwa 200 Quadratkilometer. Das Wolfsgebiet in NRW hat die fünffache Fläche. Es erstreckt sich auf Teile der Kreise Wesel, Kleve, Borken, Recklinghausen sowie auf Bottrop und Oberhausen. Zur Sicherheit, denn überall dort ist nun „vorbeugender Herdenschutz“ möglich. Elektro- und andere Zäune, Herdenschutzhunde und weitere Maßnahmen, die den Wolf von Schafen und Ziegen trennen, fördert das Land hier mit bis zu 80 Prozent der Kosten.

Was ist, wenn ein Wolf dennoch ein Nutztier reißt?
In ganz NRW gilt eine „Förderrichtlinie Wolf“. Kosten für Tierverluste, Tierarzt, Medikamente etc. werden zu 100 Prozent ersetzt.

Reicht das den Bauern?
Dem Rheinischen Landwirtschaftsverband reicht das nicht: Die Richtlinien berücksichtigten nicht den Aufwand, den Bauern nach einem Angriff mit der Pflege verwaister Tiere und einer verunsicherten Herde hätten. Zudem sollte Herdenschutz überall, nicht nur im „Wolfsgebiet“, gefördert werden.

Dürfen Wölfe gejagt werden?
Jäger dringen darauf, den Wolf in NRW auf die Liste jagdbarer Arten zu setzen. Das ist unwahrscheinlich. „Der Wolf genießt den allerhöchsten Schutz des EU-Naturschutzrechts“, sagt Ministerin Heinen-Esser. Ihr Staatssekretär warnt: Einen Wolf zu schießen sei eine Straftat, die „erhebliche Konsequenzen“ habe – bis zu fünf Jahre Haft und bis zu 50 000 Euro Strafe.

Grüne verteidigen Parteitag am Tagebau-Rand

Vorwurf der Eskalation zurückgewiesen. Laschet soll rot-grüne Beschlüsse von 2016 korrigieren

Von Tobias Blasius

Düsseldorf. Die NRW-Grünen haben die umstrittene Verlegung ihres Landesparteirats am kommenden Sonntag in die Nähe des Hambacher Forstes im Rheinischen Braunkohlerevier gegen Kritik verteidigt. „Wir tragen den Konflikt dort aus, wo er von Tausenden verortet wird“, sagte der Co-Landesvorsitzende Felix Banaszak. Eigentlich war Bochum als Tagungsort geplant.

Vorwürfe von Innenminister Herbert Reul (CDU), die Grünen schütteten mit der Parteiveranstaltung auf dem „Widerstandsacker“ der Umweltorganisation BUND zusätzlich Öl ins Feuer der teilweise gewalttätigen Proteste und verschafften der Polizei unnötige Zusatzarbeit, wies Banaszak zurück. Eine politische Diskussion sei „das Gegenteil von Eskalation“. Während der aktuell laufenden Räumung von mehr als 70 illegalen Baumhäusern werden Polizisten von Waldbesetzern mit Fäkalien und Gegenständen beworfen.

Die Grünen werden ihren Landesparteirat in einem abgelegenen Zelt ohne Strom unmittelbar am Tagebaurand abhalten. Sie wollen damit symbolisch die Gegner der politisch und energiewirtschaftlich beschlossenen Rodung des Hambacher Forstes unterstützen. Die Öko-Partei fordert in ihrem Leitantrag ein „Abholz-Moratorium“ bis Dezember, wenn die „Kohlekommission“ der Bundesregierung einen Ausstiegsplan für die Braunkohle verabredet haben soll. Der Chef des verantwortlichen Energieversorgers RWE, Rolf Martin Schmitz, hatte jedoch am Wochenende klargestellt, dass es technisch gar kein Szenario gebe, den Wald stehen zu lassen. Die Bagger sind bereits an den 200 Hektar großen Forst herangerückt.



Felix Banaszak, Co-Vorsitzender der Grünen in NRW. FOTO: TANJA PICKARTZ

Die Grünen wollen zudem Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) auffordern, eine neue Leitentscheidung als Rechtsgrundlage für den Braunkohle-Abbau in NRW zu treffen. Laschet verweist bislang auf den rechtlichen Rahmen, den SPD und Grüne selbst erst 2016 geschaffen hatten. Er gibt RWE das Recht zum Roden. Bislang hat das Land erst drei Leitentscheidungen zur Braunkohle getroffen: 1987, 1991 und eben 2016.

Die Grünen wollen von ihrem erst zwei Jahre alten Beschluss, nur den Tagebau Garzweiler zu verkleinern und den in Hambach unangetastet zu lassen, nicht mehr viel wissen. Die grüne Co-Vorsitzende Mona Neubaur forderte Laschet am Montag sogar auf, sich „nicht hinter der rot-grünen Leitentscheidung von 2016 zu verstecken“. Man sei heute an einem „komplett anderen Punkt“ der Klima-Diskussion. Allerdings tauchte der Hambacher Forst selbst im 131-seitigen Landtagswahlprogramm der Grünen im Mai 2017 nicht prominent auf. Bei der Kohle war lediglich „der Ausstieg in den nächsten 20 Jahren“ angepeilt.

Häftling stirbt zwei Wochen nach Brand

26-jähriger Syrer saß unschuldig in Kleve ein

Düsseldorf. Der bei einem Feuer im Gefängnis von Kleve schwer verletzte Syrer ist am Samstag gestorben. Das bestätigte die Staatsanwaltschaft Kleve gestern. Der Mann hatte mehr als zwei Monate lang unschuldig hinter Gittern gesessen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen mehrere nordrhein-westfälische Polizisten wegen Freiheitsberaubung, wie die Behörde am Freitag mitteilte. In der Zelle des 26-Jährigen war in der vergangenen Woche ein Brand ausgebrochen, den der Häftling vermutlich selbst gelegt hat. Dabei erlitten zehn weitere Menschen Rauchvergiftungen.

Im Zuge der Ermittlungen kam heraus, dass der Syrer wohl Opfer einer Verwechslung geworden war. Ein in Hamburg per Haftbefehl gesuchter Mann habe sich mit den Personalien des 26-Jährigen ausgegeben, so der Behördensprecher. Ausgelöst durch eine Anfrage der Staatsanwaltschaft Hamburg kam heraus, dass das Brandopfer nicht der Gesuchte ist.

Gegen den 26-Jährigen wurde wegen schwerer Brandstiftung ermittelt. Der Mann war nach Angaben der Staatsanwaltschaft Anfang Juli in Geldern festgenommen worden. Der Syrer habe eine Ersatzfreiheitsstrafe für einen angeblichen Diebstahl verbüßt und wäre Mitte Oktober freigekommen. *dpa*

Hambacher Forst: 20 000 Bürger zum Protest erwartet

Kerpen. Zu einer Protestaktion gegen die Rodungspläne des Energiekonzerns RWE am Hambacher Forst erwarten die Organisatoren am Samstag mehr als 20 000 Menschen. Der Zuspruch sei immens, sagte Anmelder Uwe Hiksch von der Umweltorganisation Naturfreunde Deutschland am Montag in Köln. Er sprach von der wohl größten Demonstrationen, die die Region je gesehen habe. Die Musikgruppe Revolverheld will dort auftreten.

Am Montag hat die Polizei die Räumung des Forstes fortgesetzt. Er wird seit mehreren Jahren von Aktivisten besetzt. Im Kreis Viersen beschäftigt den Staatsschutz indes ein möglicher Brandanschlag auf eine Lagerhalle. In dem Gebäude waren Geräte einer Firma untergebracht, deren Hebebühnen auch zur Räumung des Forstes eingesetzt werden. Im Internet war das Unternehmen dafür attackiert worden. *dpa/red*

Erneute Demo gegen Polizeigesetz

Dortmund. Das Bündnis „Nein zum neuen Polizeigesetz NRW“ will erneut gegen die geplanten Gesetzesänderungen auf die Straße gehen. Die Demonstration startet am Samstag an der Dortmunder Reinoldikirche, wie das Bündnis am Montag in Dortmund ankündigte. Die Organisatoren kritisierten, das geplante Gesetz hebele rechtsstaatliche Prinzipien wie die Unschuldsvermutung und Gewaltenteilung aus. Im Juli hatten mehr als 10 000 Menschen in Düsseldorf gegen das Vorhaben demonstriert.

Nach scharfer Kritik an dem Gesetzesentwurf bei einer Experten-Anhörung im Landtag hatte Innenminister Herbert Reul (CDU) Nachbesserungen angekündigt. *epd*